

newsletter*

VERÖFFENTLICHUNG DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION

Inhaltsverzeichnis

- 02 TOP-THEMA: Bundeshaushalt 2016
- 03 Generaldebatte im Bundestag
- 05 Ordnung in der Flüchtlingspolitik
- 09 Dialogpapier der Projektgruppe #NeueErfolge
- 10 Logistik-Veranstaltung

IMPRESSUM

HERAUSGEBERIN SPD-BUNDESTAGSFRAKTION, PETRA ERNSTBERGER MdB,
PARLAMENTARISCHE GESCHÄFTSFÜHRERIN, PLATZ DER REPUBLIK 1, 11011 BERLIN

REDAKTION JASMIN HIHAT, STEFAN HINTERMEIER, ALEXANDER LINDEN, ANJA LINNEKUGEL,
TELEFON (030) 227-51099 / **E-MAIL** REDAKTION@SPDFRAKTION.DE
REDAKTIONSSCHLUSS: 27.11.2015 13.00 UHR

TOP-THEMA

Parlament beschließt Bundeshaushalt 2016

In dieser Woche hat der Bundestag den Bundeshaushalt 2016 verabschiedet (Drs. 18/5500, 18/5501, 18/5502). Es ist ein wichtiger Erfolg, dass die Koalition trotz der deutlichen Belastungen erneut einen Haushalt ohne neue Schulden beschließen kann. Bereits im Haushaltsvollzug 2014 und im Haushaltsplan 2015 wurde der Haushaltsausgleich ohne Neuverschuldung erreicht.

In der so genannten Bereinigungssitzung des Haushaltsausschusses haben die Koalitionsfraktionen darüber hinaus wieder wichtige zusätzliche Impulse gesetzt, etwa in den Bereichen Integration, Kultur, für das THW, die Bundespolizei und die ländlichen Räume.

Die Einnahmen bzw. Ausgaben für das Jahr 2016 belaufen sich auf 316,9 Milliarden Euro. Das ist etwas mehr als im Entwurf der Bundesregierung (312 Milliarden Euro) vorgesehen war.

Erneut bewahrheitet sich der von der SPD-Fraktion vertretene Grundsatz, dass solide Finanzpolitik nicht reiner Selbstzweck ist, sondern Freiräume für wichtige politische Entscheidungen schaffen soll. So nutzt die Koalition etwa die Überschüsse des Jahres 2015 für die bevorstehenden Mehrbelastungen von 2016 an.

Zum Auftakt der Haushaltsdebatten sagte Johannes Kahrs, haushaltspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion: „Der Haushalt bildet die Realität ab. Wir müssen im Großen helfen und im ganz Konkreten und gleichzeitig die versprochenen Maßnahmen umsetzen“. Die Koalition sei entschlossen, den Haushalt im nächsten Jahr ohne neue Schulden zu schaffen. Das hänge aber wesentlich von der Entwicklung der Flüchtlingszahlen ab.

Bereits mit dem zweiten Nachtragshaushalt 2015 hat die Koalition vor wenigen Wochen auf die Herausforderungen im Zusammenhang mit den stark gestiegenen Flüchtlingszahlen reagiert, vor allem durch eine zusätzliche Entlastung der Ländern und Kommunen um insgesamt 2 Milliarden Euro im Jahr 2015.

Im Detail:

Mit dem Bundeshaushalt 2016 geht es genau an der Stelle weiter: Ungefähr 7,5 Milliarden Euro werden für Ausgaben im Zusammenhang mit den Flüchtlingen bereitgestellt. Allein die Länder und Kommunen erhalten 3,3 Milliarden Euro als Beteiligung des Bundes an den Flüchtlingskosten. Zusätzlich werden vor allem das Bundesministerium für Arbeit und Soziales sowie das Bundesinnenministerium gestärkt für die Ausgaben für Integration, Soziales und die innere Sicherheit. Zur Bekämpfung der Fluchtursachen erhält das Auswärtige Amt 400 Millionen Euro mehr als im Regierungsentwurf vorgesehen.

Neben diesen großen Blöcken war es den Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in den Beratungen allerdings auch wichtig, dass die Hilfe bei jenen ankommt, ohne die eine Bewältigung der logistischen Aufgaben vor Ort oft undenkbar wäre: bei den vielen haupt- und ehrenamtlichen Helfern vor Ort. Deshalb ist es auch gut, dass beispielsweise das Familienministerium rund 15 Millionen Euro mehr erhält für die allgemeine Flüchtlingsberatung und die Koordinierung der Ehrenamtlichen im Bereich Flüchtlinge.

Ganz wichtig ist der SPD-Bundestagsfraktion, das Vertrauen im Land zu stärken. Nicht zuletzt deshalb gilt es, den Menschen zu beweisen, dass auch jenseits des Themas Flüchtlinge Politik für sie gemacht wird. So stellt der Bund zum Beispiel nächstes Jahr 500 Millionen Euro mehr für den sozialen Wohnungsbau bereit (bis 2019 insgesamt 2 Milliarden Euro). Den regionalen öffentlichen Personennahverkehr stärkt die Koalition durch die Regionalisierungsmittel mit 700 Millionen Euro (insgesamt 8 Milliarden Euro im Jahr 2016). Und die frei werdenden Mittel aus

dem Betreuungsgeld werden auf Druck der SPD-Fraktion für die Kinderbetreuung verwendet (2016 insgesamt 390 Millionen Euro).

Zudem wird das 10-Milliarden-Investitionspaket, das die Koalition vergangenes Jahr beschlossen hat, umgesetzt. Der Schwerpunkt liegt dabei auf der Infrastruktur in Deutschland und der Entlastung von Ländern und Kommunen.

Klar ist, dass die beschlossenen Entlastungen für Länder und Kommunen dafür verwendet werden müssen, wofür die Koalition sie beschlossen hat. Das gilt zum Beispiel für den sozialen Wohnungsbau oder die Regionalisierungsmittel und das Bafög-Paket. Diese klare Erwartung haben die Koalitionsfraktionen auch in Form eines Entschließungsantrages vor wenigen Wochen zum Ausdruck gebracht.

Trotz der aktuellen Mehrbelastungen ist es in der Bereinigungssitzung gelungen, zusätzliche Impulse im Haushalt zu setzen, u. a.:

- Stärkung der Kultur in Deutschland für verschiedene Projekte mit rund 120 Millionen Euro.
- Für die Flüchtlingsarbeit setzen wir im Familienministerium verschiedene Hot Spots: 15 Millionen Euro mehr für die Sprachkurse für ausländische Hochschulabsolventen (durchgeführt über die Otto-Benecke-Stiftung), 8 Millionen Euro mehr für die Jugendmigrationsdienste, 8 Millionen Euro mehr für die Koordinierung der Ehrenamtlichen im Bereich Flüchtlinge und 6 Millionen Euro mehr für die allgemeine Flüchtlingsberatung.
- Für Maßnahmen zur Stärkung von Vielfalt, Toleranz und Demokratie im Programm „Demokratie leben!“ gibt es 10 Millionen Euro zusätzlich (insbesondere gegen Islamismus, Salafismus, Antisemitismus).
- Für das Deutsch-Griechische Jugendwerk stehen 3 Millionen Euro bereit.
- Für die Stärkung der digitalen Kompetenz beim Mittelstand (Industrie 4.0) gibt es nächstes Jahr 11 Millionen Euro mehr.
- Für die Entwicklung der ländlichen Räume stellt der Bund 30 Millionen Euro bereit, außerdem erhält die Unfallversicherung der Landwirte einen einmaligen Zuschuss von 78 Millionen Euro.
- Die THW Ortsverbände erhalten für die Selbstbewirtschaftung 24 Millionen Euro in den Jahren 2016-18.
- Die wichtige Arbeit der Auslandsschulen wird mit mehr als 20 Millionen Euro gestärkt.
- Die Bundeszentrale für Politische Bildung erhält zusätzlich 5 Millionen Euro für Maßnahmen gegen Rechtsextremismus und Salafismus.

Damit schafft die Koalition einen Haushalt, der Ausgabendisziplin und Nullverschuldung mit politischer Schwerpunktsetzung und einer Verstärkung der Investitionen verbindet.

GENERALDEBATTE

Oppermann: Politik mit Maß und Mitte

Die Flüchtlinge, der Syrien-Konflikt, die Terrorbedrohung durch den IS – die so genannte Generalausprache in dieser Haushaltswoche stand ganz unter dem Eindruck aktueller politischer Entwicklungen.

Insbesondere die Frage, wie Deutschland mit den steigenden Flüchtlingszahlen umgehen soll, geriet in den Fokus. SPD-Fraktionschef Thomas Oppermann erklärte in seiner Rede vor dem

Bundestag: „Die Debatte über abstrakte Obergrenzen führt nicht dazu, dass ein einziger Flüchtling weniger nach Europa kommt.“

Stattdessen plädierte Oppermann für die Einrichtung von Flüchtlings-Kontingenten innerhalb der Europäischen Union. Es gehe um eine „faire Verteilung“ unter den 28 Mitgliedsländern. Mit einer Kontingent-Lösung könne die EU auch die Kontrolle über ihre Außengrenzen zurückgewinnen. Er führte aus: „Nur mit sicheren Außengrenzen können wir verhindern, dass es zu einer Renationalisierung der Binnengrenzen in Europa kommt.“

Wenn die Türkei uns jetzt helfe, die Außengrenzen zu sichern, dann würden viele Flüchtlinge zunächst in der Türkei bleiben. Allerdings bräuchte die Türkei starke Unterstützung. Um ihr Flüchtlinge abzunehmen, seien seiner Meinung nach Kontingente die geeignetste Lösung, denn: „Wir würden die Kontrolle über die Außengrenzen zurückgewinnen und die chaotische Einreise von Flüchtlingen würde in ein geordnetes Verfahren unter Beteiligung des UNHCR überführt“. Außerdem würde, so Oppermann, die Schleuserkriminalität ausgeschaltet, und auch Frauen und Kinder bekämen die Chance, „als Flüchtling in Europa aufgenommen zu werden.“

Oppermann betonte, dass Deutschland fest an der Seite von Frankreich steht. Er kündigte an: „Präsident Hollande hat nach den Attentaten um Beistand gebeten. Selbstverständlich werden auch wir unseren Beitrag leisten.“

Breite Allianz gegen den Terror

Mit Blick auf den Kampf gegen den Islamischen Staat (IS) sagte Oppermann, das Bündnis müsse „breiter angelegt sein als die Nato. Dieser Kampf kann nur erfolgreich sein, wenn auch Russland und Regionalmächte wie Iran und Saudi-Arabien eingebunden werden. Also eine breite Allianz der internationalen Staatengemeinschaft.“

Der Fraktionsvorsitzende zeigte Verständnis für die Menschen, die nach den Anschlägen Angst hätten, mahnte aber zugleich: „Das darf nicht heißen, dass wir jetzt kopflos agieren. Denn genau diese Angst wollen die Terroristen verbreiten. Das dürfen und werden wir nicht zulassen.“

Oppermann dankte Bundesinnenminister de Maizière (CDU) für dessen Einsatz und Besonnenheit und bekräftigte: „Wir werden mit Maß und Mitte unsere freiheitliche Gesellschaft verteidigen und die Debatte über innere Sicherheit nicht auf dem Rücken der Flüchtlinge austragen.“ Er warnte davor, einen Generalverdacht gegen Flüchtlinge aufzustellen, sie seien potenzielle Gefährder. Schließlich flöhen sie ja gerade vor den IS-Schergen.

Stärkung der Polizei und Sicherheitsdienste

Mit Blick auf die innere Sicherheit betonte Oppermann den Stellenaufbau (3000 zusätzliche Stellen) bei der Bundespolizei und die personelle und finanzielle Stärkung der Nachrichtendienste. Wichtig war für ihn in dem Zusammenhang auch die avisierte Reform des Bundesnachrichtendienstes, also des deutschen Auslandsgeheimdienstes. Hier bedürfe es klarerer Regeln und besserer Kontrolle. Oppermann sagte: „Was wir in diesen Zeiten neben der Polizei dringend brauchen sind effektive Nachrichtendienste, die sich mit ihren Partnern eng austauschen und so die Fundamentalisten und potentielle Gewalttäter im Blick haben.“

Er warb für stärkere Integrationsbemühungen: „Was nicht passieren darf, ist, dass weitere Parallelgesellschaften entstehen, die zu sozialen Brennpunkten werden. Ein Moolenbeek (prekärer Stadtteil von Brüssel - Anm. d. Redaktion) darf es in Deutschland nicht geben – und wenn es dies im Kleinen schon gibt, dann müssen wir etwas gezielt dagegen unternehmen.“ Denn gut integrierte Flüchtlinge seien immun gegen Hassprediger und Salafisten.

Integration größte Herausforderung des Jahrzehnts

Für den Fraktionschef ist die Integration die innenpolitische Herausforderung des Jahrzehnts. Oppermann: „Sprache, Kita, Schule, Ausbildung, Arbeitsmarkt, Wohnung, Werte und Regeln, das ist das ABC der Integration. Und dieses ABC muss jetzt auf allen Stufen durchbuchstabiert werden. Nicht kleckern, sondern klotzen, heißt die Devise.“

Er forderte ein dauerhaftes Aufenthaltsrecht für Flüchtlinge, die sich in Deutschland gut integriert haben. „Wir müssen auch mehr Anreize schaffen, damit sich Integration lohnt“, sagte Oppermann. Wer es in drei Jahren schaffe, die Sprache zu erlernen, eine Ausbildung zu machen und seinen Lebensunterhalt zu sichern, „der muss eine dauerhafte Perspektive unabhängig von seinem Flüchtlingsstatus bekommen“. Wer das nicht schaffe oder nicht wolle, müsse sich auf eine Rückkehr in sein Herkunftsland einstellen, wenn dort wieder sichere Verhältnisse herrschten.

Johannes Kahrs, haushaltspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, lobte in der Debatte die gute Zusammenarbeit mit den Haushaltspolitikern der Union bei den Verhandlungen über den Haushaltsentwurf 2016 und sprach von einer „Kampfwertsteigerung“ gegenüber dem Regierungsentwurf. Mit dem Haushalt 2016 habe die Koalition „Vorkehrungen getroffen“ und solide gearbeitet. Er zeige, es würden keine Gruppen vernachlässigt. Auch den kommenden Entwurf im nächsten Jahr wolle man ohne neue Schulden abschließen.

Die SPD-Abgeordnete Sonja Steffen lobte den Haushalt als „nachhaltig und sozial gerecht“. Er betone dankenswerterweise auch die große Bedeutung von Regionalisierungsmitteln für Ostdeutschland.

FLÜCHTLINGSPOLITIK

Flüchtlinge: helfen, steuern, integrieren

Asyl in Deutschland

Viele Menschen beantragen derzeit Asyl in Deutschland. Die meisten von ihnen flüchten vor Krieg, Terror und Verfolgung in ihren Heimatländern und suchen bei uns Schutz und Hilfe. Für Bund, Länder und Kommunen ist das eine große Herausforderung.

Zahlreiche haupt- und ehrenamtliche Helferinnen und Helfer kümmern sich in den Städten und Gemeinden darum, die Flüchtlinge aufzunehmen und zu versorgen – und stoßen vielerorts an die Grenzen ihrer Belastbarkeit, weil so viele Menschen gleichzeitig kommen.

Für die SPD-Bundestagsfraktion ist klar: Verfolgten und Kriegsflüchtlingen müssen wir helfen. Der völker-, europa- und verfassungsrechtliche Flüchtlingsschutz dürfen nicht angetastet werden. Aber um helfen zu können, müssen wir den Zuzug ordnen und steuern.

Wir haben im Bund Maßnahmen beschlossen, um mehr Ordnung in die Aufnahme der Hilfesuchenden zu bringen, Asylverfahren zu verkürzen, Länder und Kommunen bei der Versorgung und Unterbringung zu unterstützen und die rasche Integration von Flüchtlingen mit Bleibeperspektive durch Spracherwerb und Arbeit zu fördern.

Ordnen und steuern

Geordnete und schnelle Asylverfahren sind die Voraussetzung dafür, dass wir die Ankommenden gut versorgen und die, die bleiben werden, schnell integrieren können. In der Großen Koalition sorgen wir deshalb für mehr Ordnung bei der Erstaufnahme von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern.

Zur besseren Steuerung übernimmt der Bund die Verteilung der Asylbewerber auf die Bundesländer. Hierzu werden Wartezentren für ankommende Flüchtlinge eingerichtet. Um die Grenzen besser zu kontrollieren und geordnete Verfahren bei der Einreise sicherzustellen, erhält die Bundespolizei in den nächsten drei Jahren 3000 zusätzliche Stellen.

Außerdem haben wir verabredet, dass alle Asylbewerber in Deutschland einen einheitlichen Ausweis erhalten und in einer Datenbank registriert werden. Damit beenden wir das Nebeneinander von verschiedenen Datensystemen und verhindern Mehrfachregistrierungen.

Unser Ziel ist es, möglichst nur Menschen auf die Kommunen zu verteilen, die bleiben dürfen. Deshalb sollen die Asylverfahren nach Möglichkeit bereits während des Aufenthalts in der Erstaufnahmeeinrichtung abgeschlossen werden. Der Bund unterstützt die Länder dabei, ausreichende Kapazitäten in den Einrichtungen zu schaffen.

Um die Asylverfahren zu beschleunigen, werden beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge insgesamt 4000 neue Stellen geschaffen. Asylbewerber können verpflichtet werden, länger in der jeweiligen Einrichtung zu bleiben.

Asylbewerber aus sicheren Herkunftsstaaten haben in der Regel keine Chance auf Anerkennung. Ihre Anträge sollen künftig in speziellen Aufnahmeeinrichtungen bearbeitet werden und innerhalb von maximal drei Wochen abgeschlossen sein. Dort soll eine verschärfte Residenzpflicht gelten: Sie dürfen die Städte oder Landkreise ihrer Aufnahmeeinrichtung nicht verlassen. Menschen, die nicht anerkannt werden, sollen direkt aus den Aufnahmeeinrichtungen in ihre Heimatländer zurückgeführt werden.

Der Bundestag hat seit 2014 sechs Balkanstaaten als sichere Herkunftsländer eingestuft. Ausreisepflichten können künftig leichter durchgesetzt werden. Gleichzeitig sorgen wir dafür, dass Menschen aus diesen Staaten abseits des Asylverfahrens Möglichkeiten bekommen, in Deutschland zu arbeiten.

Um die Dynamik der Flüchtlingsbewegungen in den Griff zu bekommen, müssen auch auf internationaler Ebene die Bedingungen für eine bessere Kontrolle und Steuerung geschaffen werden. So setzen wir uns für eine wirksame Kontrolle der EU-Außengrenze und ein wirksames europäisches System der Registrierung und Verteilung von Flüchtlingen ein. In der Europäischen Union sollten Kontingente für Bürgerkriegsflüchtlinge festgelegt werden, die fair auf die Mitgliedstaaten verteilt werden.

Helfen und versorgen

Die Verantwortung für die Versorgung und Unterbringung von Asylsuchenden liegt bei den Ländern und Kommunen. Der Bund unterstützt sie dabei. Für 2015 haben Länder und Kommunen eine Soforthilfe von 2 Milliarden Euro für die Aufnahme und Unterbringung von Asylsuchenden erhalten. Ab 2016 beteiligt sich der Bund mit einer monatlichen Pauschale von 670 Euro pro Asylbewerber für die Dauer des Verfahrens zuzüglich einem Monat im Fall der Ablehnung. Außerdem erhalten Länder und Kommunen 350 Millionen Euro jährlich für die Versorgung von unbegleiteten Kindern und Jugendlichen.

Durch Änderungen im Bauplanungsrecht und bei den energetischen Anforderungen erleichtern wir die Bereitstellung von Flüchtlingsunterkünften. Der Bund stellt den Kommunen kostenfrei Immobilien für die Unterbringung zur Verfügung und übernimmt die Herrichtungskosten. Die Länder erhalten in den kommenden vier Jahren 2 Milliarden Euro zusätzlich für den sozialen Wohnungsbau. Diese Leistungen kommen allen Bürgerinnen und Bürgern zugute.

Außerdem verbessern wir die Gesundheitsversorgung der Asylsuchenden und verringern den Verwaltungsaufwand in den Kommunen. Für ein Sonderprogramm des Bundesfreiwilligendienstes in der Flüchtlingsarbeit schaffen wir 10.000 zusätzliche Stellen.

Erfolgreich integrieren

Viele der Menschen, die aus Syrien oder dem Irak zu uns kommen, werden länger bei uns bleiben. Die große Aufgabe der nächsten Jahre wird darin bestehen, sie gut in unsere Gesellschaft zu integrieren. Dazu müssen sie möglichst schnell die deutsche Sprache lernen und Anschluss an den Arbeitsmarkt finden.

Deshalb haben wir die Integrationskurse für Asylbewerber und Geduldete mit guter Bleibeperspektive geöffnet und mehr Geld dafür bereitgestellt. Damit haben nicht mehr nur Asylberechtigte, deren Antrag bereits anerkannt ist, Zugang zu intensivem Sprach- und Orientierungsunterricht.

Anerkannten Asylberechtigten, Flüchtlingen und subsidiär Schutzberechtigten steht der Arbeitsmarkt uneingeschränkt offen. Die SPD-Bundestagsfraktion hat für den Haushalt 2016 durchgesetzt, dass die Leistungen zur Eingliederung in Arbeit um 250 Millionen Euro erhöht werden, die Verwaltungsmittel in der Grundsicherung um 325 Millionen Euro. Damit können bundesweit rund 3.800 Stellen in den Jobcentern geschaffen werden.

Für Asylbewerber und Geduldete haben wir bessere Möglichkeiten durchgesetzt, auf dem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen. Sie können sich jetzt bereits nach drei Monaten um einen Job auf dem regulären Arbeitsmarkt bewerben. Voraussetzung ist, dass es keine geeigneten Bewerber oder Bewerberinnen mit deutscher oder EU-Nationalität gibt und dass die Arbeitsbedingungen mit denen von inländischen Beschäftigten vergleichbar sind. Die Vorrangprüfung gilt 15 Monate. Die Prüfung der Arbeitsbedingungen besteht für 48 Monate. Für Praktika, betriebliche Ausbildungen und Tätigkeiten, die die Voraussetzungen der „Blauen Karte EU“ erfüllen, entfällt die Vorrangprüfung schon nach drei Monaten.

Auch das Leiharbeitsverbot haben wir verkürzt: Es entfällt für Fachkräfte schon nach drei Monaten, für alle anderen Asylbewerber und Geduldeten nach 15 Monaten. Auch vermittlungsunterstützende Leistungen der Arbeitsagenturen stehen Asylbewerbern mit guter Bleibe-perspektive früher offen. Zudem verbessern wir die Unterstützung junger Asylsuchender bei der Aufnahme einer Berufsausbildung. Die Anerkennung ausländischer Bildungsabschlüsse soll beschleunigt werden.

Für eine erfolgreiche Integration wird es in den kommenden Jahren entscheidend darauf ankommen, eine nachhaltige Integrationsinfrastruktur aufzubauen und massiv in Bildung und Chancengleichheit für alle zu investieren. So können wir die Vorteile nutzen, die die Einwanderung angesichts der demografischen Entwicklung unserem Land bieten kann.

Fluchtursachen bekämpfen

Niemand verlässt ohne Grund seine Heimat und begibt sich auf eine gefährliche Reise. Allein 60 Prozent der Menschen, die nach Deutschland flüchten, kommen aus den Bürgerkriegsgebieten in Syrien und dem Irak. Sie flüchten vor Krieg und Verfolgung, und auch vor den katastrophalen Zuständen in den Flüchtlingslagern.

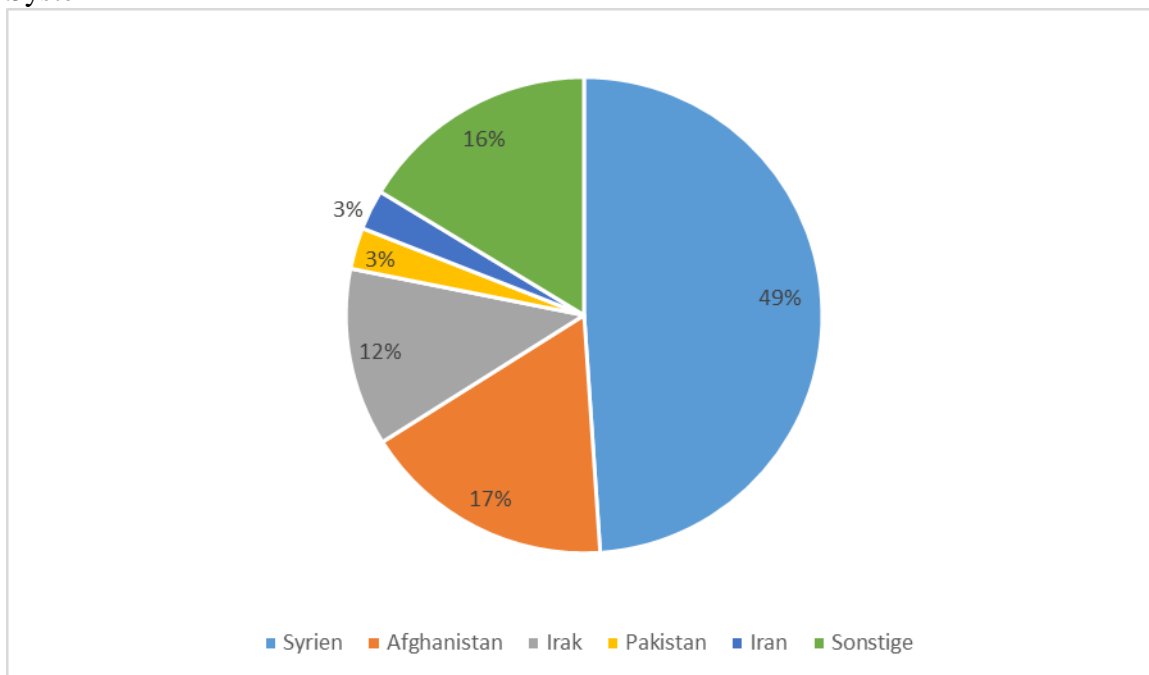
Deswegen ist zuallererst humanitäre Hilfe gefragt – vor allem in den großen Flüchtlingslagern in den Nachbarländern Syriens. Ziel der SPD-Bundestagsfraktion ist es, die Situation dort in kurzer Zeit grundlegend zu verbessern, so dass die Menschen nicht mehr aus Mangel an Nahrung oder Schulplätzen für ihre Kinder nach Europa kommen müssen. Dazu müssen die Lebensbedingungen in der Türkei, in Jordanien und im Libanon verbessert und menschenwürdige Flüchtlingsunterkünfte aufgebaut werden. Zu diesem Zweck setzen wir uns auch für ein entsprechendes Abkommen mit der Türkei ein.

Die Mittel für die humanitäre Hilfe haben wir in diesem Jahr nochmal erhöht. Seit 2012 hat Deutschland über 1 Milliarde Euro zur Verfügung gestellt. Für 2015 bis 2017 wird diese Summe um weitere 500 Millionen Euro angehoben.

Zudem wird der Bund sein Engagement für die Bewältigung und Vorbeugung von Krisen ausbauen und die entsprechenden Mittel aufstocken. Auf diplomatischer Ebene setzt sich die Bundesregierung mit aller Kraft für Fortschritte bei der politischen Regelung des Syrien-Konflikts ein. Nicht zuletzt durch das Engagement von Außenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) ist es gelungen, dass die zentralen regionalen Akteure sowie die USA und Russland an einem Verhandlungstisch sitzen.

Herkunftsländer der Asylsuchenden (Oktober 2015)

Registrierungen im EASY-System



Quelle: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

Deswegen ist zuallererst humanitäre Hilfe gefragt – vor allem in den großen Flüchtlingslagern in den Nachbarländern Syriens. Ziel der SPD-Bundestagsfraktion ist es, die Situation dort in kurzer Zeit grundlegend zu verbessern, so dass die Menschen nicht mehr aus Mangel an Nahrung oder Schulplätzen für ihre Kinder nach Europa kommen müssen. Dazu müssen die Lebensbedingungen in der Türkei, in Jordanien und im Libanon verbessert und menschenwürdige Flüchtlingsunterkünfte aufgebaut werden. Zu diesem Zweck setzen wir uns auch für ein entsprechendes Abkommen mit der Türkei ein.

Die Mittel für die humanitäre Hilfe haben wir in diesem Jahr nochmal erhöht. Seit 2012 hat Deutschland mehr als 1 Milliarde Euro zur Verfügung gestellt. Für 2015 bis 2017 wird diese Summe um weitere 500 Millionen Euro angehoben.

Zudem wird der Bund sein Engagement für die Bewältigung und Vorbeugung von Krisen ausbauen und die entsprechenden Mittel aufstocken. Auf diplomatischer Ebene setzt sich die Bundesregierung mit aller Kraft für Fortschritte bei der politischen Regelung des Syrien-Konflikts ein. Nicht zuletzt durch das Engagement von Außenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) ist

es gelungen, dass die zentralen regionalen Akteure sowie die USA und Russland an einem Verhandlungstisch sitzen.

PROJEKT ZUKUNFT

Dialogpapier der Projektgruppe #NeueErfolge

Kleine und mittlere Unternehmen (KMU) sind das Rückgrat der Wirtschaft und oft Spitzenreiter des technologischen Fortschritts. Ihr Innovationsengagement muss stärker gefördert werden. Die Projektgruppe #NeueErfolge beleuchtet in einem Dialogpapier die Situation des Mittelstands und stellt erste Ideen für eine bessere Innovationsförderung zu Diskussion.

Wer neue Produkte und Dienstleistungen am Markt etablieren möchte, muss in Innovationen investieren. Das fällt vielen kleinen und mittleren Unternehmen schwer. Fehlendes Personal, eine unzureichende Finanzierung von Innovationsprojekten, eine unübersichtliche Förderlandschaft und teilweise rückläufige Fördermittel für KMU machen ihnen zu schaffen.

Die Projektgruppe #NeueErfolge der SPD-Bundestagsfraktion hat Stärken und Schwächen des deutschen Innovationssystems analysiert und mit zahlreichen Expertinnen und Experten Lösungsvorschläge diskutiert.

Doch es bleiben offene Fragen: Wie sollte ein transparentes Fördersystem strukturiert sein? Ist die steuerliche Forschungsförderung geeignet, die Innovationsfähigkeit von KMU zu steigern? Gibt es thematische und strukturelle Förderlücken?

Auf diese und andere Fragen sucht die Projektgruppe nun in einem breiten Diskussionsprozess nach neuen Antworten und will dazu mit möglichst vielen Akteuren des Innovationssystems und der Zivilgesellschaft ins Gespräch kommen. Am Ende des Dialogprozesses sollen die Stellungnahmen und Expertisen in ein Konzept für eine bessere Innovationsförderung für den Mittelstand einfließen.

Hier ist das Dialogpapier nachzulesen:

http://www.spdfraktion.de/sites/default/files/dialogpapier_neue_erfolge_fuer_den_mittelstand.pdf

Hier geht es zur Übersichtsseite der Projektgruppen:

<http://www.spdfraktion.de/content/projekt-zukunft-neuegerechtigkeit>

VERANSTALTUNG

Transport und Logistik am Limit

Faire Arbeits- und Wettbewerbsbedingungen sollten auf deutschen Autobahnen selbstverständlich sein. Doch die Realität sieht anders aus. Darüber diskutierte die SPD-Fraktion am 26. November mit Expertinnen und Experten aus der Transport- und Logistikbranche, Verwaltung, aus Zoll und Polizei sowie Gewerkschaften und Verbänden.

Große Teile des deutschen Transportlogistikgewerbes sind akuten Wettbewerbsverzerrungen ausgesetzt. Die ehrlichen Logistik- und Transportunternehmen, die ihre Mitarbeiter fair bezahlen und soziale Standards einhalten, verlieren zunehmend Aufträge. Ihre Existenz ist bedroht. Der grenzüberschreitende LKW-Verkehr in Europa nimmt stetig zu. Waren auf den Autobahnen in Deutschland früher vor allem LKWs aus Italien und Österreich zu sehen, so sind es heute hauptsächlich LKW aus Polen, Tschechien, Rumänien und Bulgarien.

Die Menschen am Steuer der LKW und die Spediteure fahren jedoch am Limit. Sie leiden darunter, dass zu viele schwarze Schafe noch zu unscharfe Regeln ausnutzen können. Gleichzeitig sind qualifizierte Fahrerinnen und Fahrer schwer zu finden und die Logistiker müssen außerdem erheblich in die Digitalisierung ihrer Flotten und Prozesse investieren, wollen sie am Markt bestehen.

Handlungsbedarf auf allen Ebenen

„Der Kunde ist König“ hieße es bei den großen Internetversendern, sagte der für Verkehr zuständige SPD-Fraktionsvize Sören Bartol. Die Verbraucherinnen und Verbraucher bekämen die bestellten Waren fast in „Echtzeit“. Doch es müsse hinter die Kulissen geschaut werden, dort herrschten bei Transport und Logistik oftmals Arbeitsbedingungen, die den Beschäftigten „die Luft zum Atmen“ nehme. Parallel dazu gebe es eine enorme technische Entwicklung durch die Digitalisierung, die die Branche enorm verändern werde, so gehe es in der technischen Entwicklung um den autonomen LKW. Handlungsbedarf bestehe auf allen Ebenen: Europäisch, national bis kommunal, betonte Bartol.

„Der Mindestlohn müsse auch für den Transitverkehr und Kabotage gelten“, machte Anette Kramme, Staatssekretärin im Bundesarbeitsministerium (SPD) deutlich. Als Kabotage bezeichnet man das Erbringen von Transportdienstleistungen innerhalb eines Landes durch ein ausländisches Verkehrsunternehmen. Der Mindestlohn sei keine Diskriminierung ausländischer Unternehmen. Durch ihn würden nämlich dann auch ausländische Fahrer fair bezahlt. Denn die müssten heutzutage häufig in den kleinen Fahrerhäuschen „hausen“ und könnten sich noch nicht einmal eine Cola in der Raststätte leisten. Es gebe dazu Verhandlungen auf EU-Ebene. Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales sei als verlässlicher Partner an Informationen über die Missstände in der Transport- und Logistikbranche interessiert, unterstrich Kramme. Bereits im Vorfeld zur Einführung des gesetzlichen Mindestlohns sei man intensiv mit der Branche in Kontakt gewesen.

Für fairen Wettbewerb auf der Straße sorgen

Die Transport- und Logistikbranche habe als Wirtschaftsfaktor und Arbeitsplatz eine enorme Relevanz für unsere Volkswirtschaft, sagte Udo Schiefner, Berichterstatter der SPD-Fraktion für den Bereich Transport und Logistik. „Eine über Preise nicht zu schlagende Konkurrenz trifft auf die deutschen Fuhrunternehmen, die dadurch massiv unter Druck stehen“, so Schiefner. Unternehmen aus anderen Ländern würden Preis-Dumping betreiben. Es müsse das geltende Recht durchgesetzt werden. Dabei ginge es vor allem auch um die Kontrollen der Lenk- und Ruhezeiten, der Einhaltung der Kabotage-Regelungen, die Verlagerung der Disposition und das so genannte Umflagen der Fahrzeuge.

Vor allem die so genannte Umflagung von Fuhrparkflotten in die EU-Beitrittsländer sei ein großes Problem seit der EU-Erweiterung im Jahr 2004, berichtete Prof. Dr. Karlheinz Schmidt vom Bundesverband Güterkraftverkehr Logistik u. Entsorgung. Damit werde europaweit Sozialdumping betrieben. Zudem seien die Fahrzeuge osteuropäischer Fuhrunternehmen oftmals in einem verheerenden Zustand, was nicht nur schlecht für die LKW-Fahrer sei, sondern auch für die Sicherheit auf den Autobahnen und Straßen. Wichtig seien verstärkte Kontrollen der Arbeitszeiten, doch hier müssten ausländische Unternehmen nur einmal im Jahr einen Einsatzplan für ihre Flotte vorlegen. Ebenso gebe es in der Branche Kriminalität und Korruption. Es gebe ausländische Fahrer mit Arbeitserlaubnis und Fahrerkarten, von denen nicht klar sei, wie die Papiere in die Hände der Fuhrunternehmen gekommen seien.

Einen höchst aufschlussreichen Bericht über die Zustände auf den europäischen Autobahnen liefert Raymond Lausberg, Leiter des Transportkontrolldienstes Autobahnpolizei Battice (Belgien). Westeuropäische Transportunternehmen, die „Briefkastenfirmen“ in den osteuropäischen Ländern gegründet haben, betrieben ebenfalls Sozialdumping. Es werde Sozialversicherungs- und Mehrwertsteuerbetrug begangen, Fahrzeugzulassungen würden gefälscht, Kabotage geschehe illegal, und auch technische Bescheinigungen seien gefälscht. In Bezug auf die Arbeitsbedingungen am Lenkrad sprach Lausberg von Menschenrechtsverletzungen, die sich in den Fahrerinnen und schlechter Bezahlung zeige. Aus Frustration sei Alkoholmissbrauch bei den Fahrern keine Seltenheit.

Handlungsfelder für die Verkehrspolitik

Aus den Diskussionen ergeben sich für die SPD-Bundestagsfraktion wichtige Handlungsfelder, die Kirsten Lühmann als Sprecherin der Arbeitsgruppe Verkehr und digitale Infrastruktur zusammenfasste. Dabei sei die Harmonisierung des Rechts in der Europäischen Union als ein langfristiges Ziel zu sehen. Die unterschiedlichen Kontrollbehörden müssten sich besser miteinander austauschen und abstimmen, z. B. auch durch gemeinsame Fortbildungen. Um die Qualifikation der Berufskraftfahrer und die Attraktivität des Berufs auch für junge Menschen zu erhöhen, müssten Modelle zur Bezahlung diskutiert werden. Um dem Mangel an Fachkräften zu begegnen, sei es ein Weg, LKW-Fahrer, die aus Syrien geflüchtet sind, zu qualifizieren.

Insgesamt bräuchten LKW-Fahrer bräuchten mehr Wertschätzung und faire Arbeitsbedingungen, denn heutzutage seien sie häufig neben dem Fahren auch für das Be- und Entladen der Fahrzeuge zuständig. Und schließlich müsse es darum gehen, die Haftung entlang der Logistikkette besser zu regeln, um Sozialbetrug und Sozialdumping einzudämmen

Weitere Informationen gibt es auch hier:



www.spdfraktion.de/facebook



www.spdfraktion.de/googleplus



www.spdfraktion.de/twitter



www.spdfraktion.de/youtube



<http://www.spdfraktion.de/flickr>